



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

KOMPAKT

BUNDESPOLIZEI

AUSGABE 09.26

AKTUELLES

TARIF

REGIONALES

VORSCHAU



Bundesministerium
des Innern



Im Gespräch mit dem Bundesinnenminister

SICHERHEIT STÄRKEN, EINSATZKRÄFTE SCHÜTZEN, POLIZEI MODERNISIEREN

Heiko Teggatz und Manuel Ostermann tauschen sich mit Bundesinnenminister Alexander Dobrindt über zentrale Zukunftsfragen der Polizei aus. Im Mittelpunkt stehen der Schutz der Einsatzkräfte, die Reform des Bundespolizeigesetzes, bessere Arbeitsbedingungen und die amtsangemessene Alimentation.

Der Schutz der Beschäftigten, moderne polizeiliche Befugnisse und zukunftsfähige Arbeitsbedingungen gehören zu den zentralen Herausforderungen der inneren Sicherheit. Über diese und weitere wichtige Themen sprachen der Bundesvor-

sitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Heiko Teggatz, und der Bundesvorsitzende der DPoIG Bundespolizei, Manuel Ostermann, mit Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) im Bundesministerium des Innern.

Der Austausch bot Gelegenheit, zentrale gewerkschaftliche Forderungen zu adressieren und deutlich zu machen, welche Rahmenbedingungen erforderlich sind, damit die Polizei ihren gesetzlichen Auftrag auch angesichts wachsender sicherheitspolitischer Herausforderungen wirksam erfüllen kann.

Schutz der Einsatzkräfte muss höchste Priorität haben

Ein besonderer Schwerpunkt des Gesprächs lag auf dem Schutz der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Angriffe auf Einsatzkräfte sind für die Betroffenen nicht nur eine unmittelbare körperliche Gefahr, sondern stellen zugleich einen Angriff auf den Rechtsstaat und seine Institutionen dar.

Heiko Teggatz unterstrich deshalb die Notwendigkeit, die geplante Verschärfung der Strafvorschriften bei Angriffen auf Einsatzkräfte konsequent voranzubringen.

Aus Sicht der DPoIG ist es entscheidend, dass angekündigte Maßnahmen zeitnah bis zum Jahresende umgesetzt werden. Insbesondere mit Blick auf die erfahrungsgemäß einsatzintensive Silvesternacht müsse deutlich werden, dass Angriffe auf diejenigen, die für Sicherheit und Ordnung sorgen, nicht folgenlos bleiben.

Die Forderung ist klar: Wer Menschen schützt, muss selbst bestmöglich geschützt werden. Dazu gehören ein konsequenter strafrechtlicher Schutz, eine klare gesellschaftliche Haltung und die politische Bereitschaft, den Einsatzkräften den notwendigen Rückhalt zu geben.

Bundespolizeigesetz: Moderne Befugnisse für neue Herausforderungen

Auch die Reform des Bundespolizeigesetzes nahm im Gespräch breiten Raum ein. Manuel Ostermann begrüßte die vorgesehene Modernisierung und die damit verbundenen zusätzlichen polizeilichen Befugnisse.

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen haben sich in den vergangenen Jahren erheblich verändert. Eine leistungsfähige Bundespolizei benötigt deshalb einen zeitgemäßen rechtlichen Rahmen, der den Beamtinnen und Beamten ermöglicht, auf neue Gefahrenlagen angemessen und wirksam zu reagieren.

Für die DPoIG Bundespolizei ist dabei entscheidend, dass die gesetzlichen Grundlagen mit den tatsächlichen Anforderungen des Dienstalltags Schritt halten. Moderne Befugnisse, klare Zuständigkeiten und praxistaugliche Regelungen sind wichtige Voraussetzungen für eine handlungsfähige Polizei.

Eine starke Bundespolizei ist kein Selbstzweck. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil eines funktionierenden Rechtsstaates und trägt entscheidend dazu bei, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

Wertschätzung und verlässliche Arbeitsbedingungen

Neben den operativen und rechtlichen Fragen standen die Wertigkeit der Verwaltung sowie eine Arbeitszeitverordnung für die Polizei auf der Tagesordnung.

Beide Themen verdeutlichen, dass eine leistungsfähige Polizei mehr benötigt als moderne Ausrüstung und erweiterte Befugnisse. Ebenso wichtig sind funktionierende Verwaltungsstrukturen, verlässliche Arbeitsbedingungen und Regelungen,

die den besonderen Anforderungen des Polizeiberufs gerecht werden.

Die Beschäftigten der Polizei leisten täglich einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit unseres Landes. Diese Leistung muss sich auch in den organisatorischen und dienstlichen Rahmenbedingungen widerspiegeln. Wertschätzung darf sich nicht auf öffentliche Anerkennung beschränken, sondern muss sich auch in konkreten Verbesserungen für die Beschäftigten zeigen.

Amtsangemessene Alimentation: Die DPoIG erwartet eine verfassungskonforme Lösung

Die amtsangemessene Alimentation ist keine freiwillige Leistung des Dienstherrn, sondern eine verfassungsrechtlich garantierte Verpflichtung. Die DPoIG Bundespolizei wird sich deshalb mit einer Lösung, die hinter den verfassungsrechtlichen Anforderungen zurückbleibt, nicht zufriedengeben. Die Besoldung muss der Verantwortung, der besonderen Belastung und der Bedeutung des Polizeiberufs gerecht werden. Wer täglich für die Sicherheit unseres Landes einsteht, hat Anspruch auf eine Besoldung, die den verfassungsrechtlichen Vorgaben entspricht.

Unsere Erwartung ist eindeutig: Wir erwarten eine verfassungskonforme Lösung, die den berechtigten Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen gerecht wird und unsere gewerkschaftliche Position angemessen berücksichtigt. Dabei werden wir die weiteren Entwicklungen kritisch und konsequent begleiten. Entscheidend ist nicht, welche Ankündigungen gemacht werden, sondern welches Ergebnis am Ende tatsächlich erreicht wird.

Sobald valide und belastbare Informationen vorliegen, werden wir unsere Mitglieder ausführlich, transparent und zeitnah informieren. Wir werden die Entwicklungen sorgfältig bewerten, die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen mit Nachdruck vertreten und deutlich Stellung beziehen, wenn die vorgesehene Lösung den verfassungsrechtlichen Anforderungen oder den berechtigten Erwartungen der Betroffenen nicht gerecht wird.

Die DPoIG bleibt an diesem Thema dran. Wir stehen für die Rechte unserer Mitglieder ein und werden uns mit aller gewerkschaftlichen Konsequenz dafür einsetzen, dass aus dem verfassungsrechtlichen Anspruch eine angemessene und tragfähige Lösung wird.



Konstruktiver Austausch als Grundlage für weitere Verbesserungen

Die DPoIG bewertet den Austausch mit Bundesinnenminister Alexander Dobrindt als konstruktiv und äußerst zielführend. Zugleich bleibt es Aufgabe der Gewerkschaft, die Interessen der Beschäftigten konsequent zu vertreten und darauf hinzuwirken, dass politische Vorhaben in konkrete Verbesserungen für die Praxis münden.

Für Heiko Teggatz und Manuel Ostermann steht fest: Die innere Sicherheit braucht eine starke Polizei, moderne gesetzliche Grundlagen, verlässliche Arbeitsbedingungen und einen Staat, der hinter seinen Einsatzkräften steht. Dazu gehört auch, die berechtigten Interessen der Beamtinnen und Beamten bei der Besoldung ernst zu nehmen und die verfassungsrechtlichen Verpflichtungen konsequent zu erfüllen.

Der Dank der DPoIG gilt Bundesinnenminister Alexander Dobrindt für den Austausch und den Rückhalt für die Einsatzkräfte. Entscheidend wird nun sein, die angesprochenen Themen weiter voranzubringen und die notwendigen Maßnahmen konsequent umzusetzen.



NEUES BPOLG –

WAS HAT SICH GEÄNDERT?

FOLGE 1: DER GROSSE ÜBERBLICK

Eine schwere Geburt – so lässt sich der Weg zum neuen Bundespolizeigesetz durchaus beschreiben. Selbst die Schlussabstimmung im Bundestag musste nach dem Anlauf vor der Sommerpause wiederholt werden. Am 25. September 2026 hat der Bundestag die Neufassung mit der erforderlichen Mehrheit beschlossen. Für uns steht jetzt die Frage im Mittelpunkt: Was bringt sie den Kolleginnen und Kollegen im Dienstalltag?



**DIE DPOLG
BUNDESPOLIZEI
SCHAUT
GENAUER HIN.**

**MIT UNSERER
SERIE „NEUES
BPOLG – WAS
HAT SICH
GEÄNDERT?“
ERKLÄREN WIR
DIE WICHTIGSTEN
ÄNDERUNGEN –
VERSTÄNDLICH,
SCHRITT FÜR
SCHRITT UND MIT
BLICK AUF DIE
PRAXIS.**

Bisher – ein Gesetz mit Wurzeln im Jahr 1994

Das bisherige Bundespolizeigesetz stammt in wesentlichen Teilen aus dem Jahr 1994. Seitdem wurde es mehrfach angepasst. Doch Einsatzlagen, Kommunikationsmittel und technische Möglichkeiten haben sich grundlegend verändert. Eine umfassende Modernisierung war deshalb überfällig. Zugleich mussten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und europäische Datenschutzbestimmungen berücksichtigt werden.

Neu – was wir uns in der Serie anschauen

Die Reform erweitert Befugnisse und überarbeitet die rechtlichen Regeln für ihren Einsatz. Dazu gehören unter anderem neue und angepasste Möglichkeiten bei Kontrollen, der Gefahrenabwehr, der Nutzung moderner Technik sowie bei digitalen und verdeckten Maßnahmen.

In den kommenden Folgen schauen wir uns die Änderungen genauer an. Dabei legen wir uns bewusst nicht auf eine starre Reihenfolge fest. Entscheidend ist für uns, was für die Kolleginnen und Kollegen in der Praxis besonders relevant ist.

Jede Folge folgt dabei demselben Grundgedanken: Bisher – Neu – Praxis. Wir erläutern die bisherige Regelung, die jeweilige Änderung und ihre Bedeutung für den Einsatz. Dazu gehört auch, ab wann eine Regelung gilt und welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen.

Praxis – mehr Befugnisse brauchen die richtigen Voraussetzungen

Für die Kolleginnen und Kollegen bedeutet die Reform: Es gibt viel Neues zu lernen. Das betrifft den Streifendienst ebenso wie Ermittlungsbereiche und unterstützende Einheiten. Neue Befugnisse müssen verstanden, eingeübt und rechtssicher angewendet werden können.

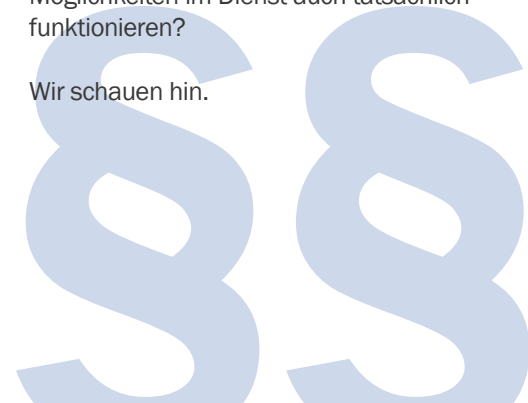


Für die DPoIG Bundespolizei gehört deshalb zur Reform auch die Frage nach ihrer Umsetzung: Stehen ausreichend Personal, geeignete Technik und Zeit für Fortbildung zur Verfügung? Gibt es klare Vorgaben, die im Dienstalltag tragen?

Genau deshalb werden wir das neue Bundespolizeigesetz in den kommenden Wochen Stück für Stück unter die Lupe nehmen.

Was hat sich geändert? Was bedeutet es für die Praxis? Und was brauchen unsere Kolleginnen und Kollegen, damit die neuen Möglichkeiten im Dienst auch tatsächlich funktionieren?

Wir schauen hin.



3. Oktober - Tag der Deutschen Einheit

Einheit. Freiheit. Verantwortung.

TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT

Der 3. Oktober steht für Freiheit, Zusammenhalt und die Überwindung der deutschen Teilung. Auch die Geschichte unserer heutigen Bundespolizei ist eng mit dieser Entwicklung verbunden.

1951 wurde der Bundesgrenzschutz (BGS) gegründet. Seine Aufgabe war über Jahrzehnte untrennbar mit der besonderen Situation des geteilten Deutschlands verbunden. Viele Kolleginnen und Kollegen versahen ihren Dienst an einer Grenze, die Deutschland und Europa teilte.

Mit der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 änderte sich auch die Arbeit des BGS grundlegend. Kolleginnen und Kollegen aus Ost und West fanden zusammen, Aufgaben und Strukturen entwickelten sich weiter. 1992 übernahm der BGS die Aufgaben der Bahnpolizei, 2005 wurde aus dem Bundesgrenzschutz schließlich die Bundespolizei.

Heute arbeiten rund um die Uhr Kolleginnen und Kollegen an Bahnhöfen und Flughäfen, an den Grenzen, auf See und bei zahlreichen weiteren Aufgaben für die Sicherheit unseres Landes.

Die Geschichte zeigt: Polizeiarbeit verändert sich – Verantwortung bleibt.

Am Tag der Deutschen Einheit erinnern wir deshalb nicht nur an einen historischen Wendepunkt. Wir denken auch an all jene Kolleginnen und Kollegen, die diesen Wandel begleitet und die Bundespolizei zu dem gemacht haben, was sie heute ist.

Einheit. Freiheit. Verantwortung.



TAG DER DEUTSCHEN EINHEIT – WIR FÜR EUCH!

Während Deutschland am 3. Oktober den Tag der Deutschen Einheit gefeiert hat, sorgten zahlreiche Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei dafür, dass die Feierlichkeiten sicher und reibungslos stattfinden können.

Für uns als DPoIG Bundespolizei war klar: Wo unsere Kolleginnen und Kollegen im Einsatz sind, wollen auch wir vor Ort sein.

Deshalb waren wir mit unserer Einsatzbetreuung unterwegs – mit Getränken, einer kleinen Stärkung und vor allem mit Zeit für Gespräche mit den Einsatzkräften.

Mit dabei waren unter anderem unser Bundesvorsitzender Manuel Ostermann und William Bobach, Bundesvorsitzender der JUNGEN POLIZEI, die gemeinsam mit unserem Team die Kolleginnen und Kollegen vor Ort unterstützt haben.

Ein großes Dankeschön an alle Einsatzkräfte, die an diesem Feiertag Dienst leisten, während andere feiern. Das ist nicht selbstverständlich!

Eröffnung der Ausstellung

„DER MENSCH DAHINTER“ AM FLUGHAFEN FRANKFURT



Seit dem 6. Oktober 2026 zeigt der Frankfurter Flughafen die Wanderausstellung "Der Mensch dahinter". Sie rückt die Menschen der Blaulichtfamilie in den Mittelpunkt, also diejenigen, die täglich für die Sicherheit und Hilfe anderer da sind. Zu sehen ist sie bis zum 31. Januar 2027.

Hinter der Ausstellung steht der Verein Initiative für Respekt und Toleranz e.V. Er hat rund 160 Interviews geführt. Viele Angehörige der Blaulichtfamilie haben dabei ihre Geschichte erzählt, und genau diese Geschichten machen die Ausstellung so besonders. Zum Projekt gehört außerdem ein Schulbuch.

Die DPolG Bundespolizei hat das Projekt begleitet und ist aktiv auf die Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt am Main zugegangen. Dass die Ausstellung nun dort gezeigt wird, macht uns glücklich.

Zur Eröffnung durfte unsere 1. stellvertretende Bundesvorsitzende Bianca Oehlmann eine Rede halten. Mit eigenen Exponaten sind außerdem zwei weitere DPolG-Mitglieder vom Flughafen Frankfurt vertreten.

Auch das Medieninteresse war groß. Sat.1 Hessen, RTL Hessen sowie regionale Zeitungen haben über die Eröffnung berichtet.

**UNS IST WICHTIG,
WAS DIE AUS-
STELLUNG SICHT-
BAR MACHT.
WER IN UNIFORM
DIENST TUT, IST
MEHR ALS EIN
DIENSTGRAD ODER
EIN EINSATZORT.**

Dahinter stehen Erfahrungen, Haltung und oft jahrzehntelange Hingabe an den Beruf. Das verdient Anerkennung, Wertschätzung und Respekt, nicht nur in Sonntagsreden, sondern im Alltag, in der Gesellschaft und in der Politik.

Unser Dank gilt der Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt am Main, die dankenswerterweise organisiert hat, dass das Projekt dort stattfinden kann.



Ein großer Dank geht auch an die Fraport AG. Sie hat möglich gemacht, dass die Ausstellung zwischen Fernbahnhof und Abflug steht und damit für viele Reisende gut sichtbar ist. Danke außerdem an die DPolG vor Ort, an den Bezirksverband Frankfurt und natürlich an die Initiative für Respekt und Toleranz e.V.

Wir laden alle Kolleginnen und Kollegen ein, sich die Ausstellung anzusehen, solange sie in Frankfurt zu sehen ist.

1. Januar 2027

DEUTSCHLAND JOBTICKET WIRD TEURER

...wir fordern die Anpassung des Zuschusses!

DEUTSCHLANDJOBTICKET WIRD TEURER – DER ZUSCHUSS MUSS MITWACHSEN!

Zum 1. Januar 2027 steigt der Preis erneut. Der Arbeitgeberzuschuss des Bundes? Seit Einführung unverändert bei 23,28 Euro monatlich.

Das passt für uns nicht zusammen.

Deshalb haben wir als DPoIG Bundespolizei das Bundesinnenministerium erneut aufgefordert, den Zuschuss anzupassen. Dabei geht es uns diesmal nicht

nur um eine einmalige Erhöhung, sondern um eine dauerhafte und verlässliche Lösung. Unsere Forderung: Der Bund übernimmt künftig 50 Prozent des jeweils geltenden DeutschlandJobTicket-Preises.

Steigt der Ticketpreis, steigt damit automatisch auch der Zuschuss. So müssen Beschäftigte nicht bei jeder Preiserhöhung darauf warten, ob der Zuschuss ebenfalls angepasst wird.

Gerade angesichts steigender Mobilitätskosten brauchen die Beschäftigten des Bundes eine faire und planbare Regelung. Die laufenden Haushaltsberatungen sind aus unserer Sicht der richtige Zeitpunkt, das jetzt auf den Weg zu bringen. Wir bleiben dran. Für eine faire Beteiligung des Dienstherrn an den Mobilitätskosten.

wellhub

×



Eine **Mitgliedschaft**,
unzählige Möglichkeiten.

Entdecke Angebote für Sport,
Entspannung, Ernährung und mehr.
Exklusiv für DPoIG-Mitglieder.

Scannen & Sport-
pass entdecken!





Im Austausch

DIE FRAUENKOMMISSION DER DPOLG BUNDESPOLIZEI

„Das Leben ist wie ein Fahrrad. Man muss sich vorwärts bewegen, um das Gleichgewicht nicht zu verlieren.“ – Getreu diesem Motto von Albert Einstein trafen sich die Frauen der DPoLG Bundespolizei vom 30. September bis zum 2. Oktober 2026 zu ihrem diesjährigen Seminar.

Im Mittelpunkt des Seminars standen die Gleichstellung und die beruflichen Perspektiven von Frauen in der Bundespolizei. Dabei boten aktuelle Herausforderungen und persönliche Erfahrungen Anlass für einen intensiven Austausch und lebhaft Diskussionen darüber, wie Chancengleichheit weiter gestärkt und bestehende Hindernisse abgebaut werden können.

Als Gäste begrüßten wir Carola Walcher, Gleichstellungsbeauftragte der Bundespolizeidirektion Stuttgart, ihre Stellvertreterin Lisa-Marie Opitz sowie Stabshauptmann Claudia Schalling von der Bundeswehr Koblenz. Ein herzliches Dankeschön für ihre Zeit, ihre Offenheit und die wertvollen Einblicke in ihre Arbeit!

Das Fazit ist eindeutig: Gleichstellungsarbeit in Behörden und Gewerkschaften ist unverzichtbar. Solange Frauen in bestimmten Bereichen und Führungspositionen unterrepräsentiert sind, ist echte Gleichstellung noch nicht erreicht.

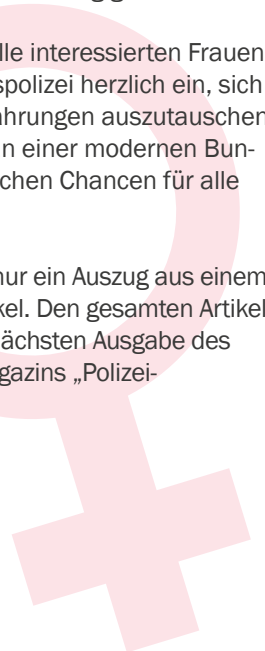
Wirksame Gleichstellungsarbeit setzt bei fairen Beurteilungs- und Auswahlverfahren, familienfreundlichen Rahmenbedingungen sowie dem konsequenten Schutz vor Diskriminierung und Sexismus an. Davon profitieren alle Beschäftigten – auch Männer und Väter, die Familie und Beruf miteinander vereinbaren möchten.

Auch die Gewerkschaften stehen in der Verantwortung. Sie müssen Ungleichbehandlung sichtbar machen, die Interessen ihrer Mitglieder vertreten und sich konsequent für faire Chancen einsetzen. Die Vernetzung von Frauen schafft dafür eine wichtige Grundlage: Sie ermöglicht den Erfahrungsaustausch, stärkt gemeinsame Anliegen und hilft, notwendige Veränderungen anzustoßen.

Das Seminar hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig Austausch und gegenseitige Unterstützung sind. Für die Teilnehmerinnen steht fest: Gleichstellung darf kein bloßes Ziel auf dem Papier bleiben, sondern muss im dienstlichen Alltag gelebt werden.

Wir laden daher alle interessierten Frauen der DPoLG Bundespolizei herzlich ein, sich einzubringen, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam an einer modernen Bundespolizei mit gleichen Chancen für alle mitzuwirken.

(Hinweis: Dies ist nur ein Auszug aus einem ausführlichen Artikel. Den gesamten Artikel kannst Du in der nächsten Ausgabe des Gewerkschaftsmagazins „Polizeispiegel“ lesen.)



TATTOOS

in der Bundespolizei?

Ihr habt abgestimmt, wir werten
jetzt aus!

#Mitmachgewerkschaft



IHR HABT GESPROCHEN, JETZT HANDELN WIR!

Unsere erste Umfrage für die Rubrik „DPoIG-Stimmungsbild“ zum Thema „Tattoos bei der Bundespolizei“ ist beendet.

Ein riesiges Dankeschön an alle Kolleginnen und Kollegen, die mitgemacht und ihre Meinung geäußert haben!

Jetzt beginnt der nächste Schritt: Wir werden Eure Antworten detailliert auswerten, die Ergebnisse transparent vorstellen und daraus konkrete gewerkschaftliche Forderungen entwickeln.

Denn Mitmachen bedeutet für uns nicht nur, nach Eurer Meinung zu fragen, sondern auch etwas daraus zu machen.

Wir haben gefragt – Ihr habt geantwortet – Jetzt handeln wir!

Aktion Oktober 2026

Sicher durch Herbst & Winter mit unserem 3er-Sparset

Es wird früher dunkel und nass – Zeit für unser Sicherheitspaket im Sparset:



NUR 9,49 €!

Reflektierendes Schnappband (blau)

40 x 2,5 cm | Schnappfunktion, blitzschnell angelegt | Weißer DPoIG-Schriftzug

Wasserfester Fahrradhelmbezug mit Reflektorlogo

Wasserfestes Polyester | Reflektierendes Logo + 2 Reflektorstreifen | Elastischer Rand

Wasserfester Sattelbezug

Robustes PVC | Elastisches Band, schnell übergezogen | Weißer DPoIG-Druck



**Auch online
bestellbar!**

EINGRUPPIERUNG UND STUFENZUORDNUNG NACH DEM TVÖD BUND

Neben der zu treffenden Eingruppierung in eine Entgeltgruppe ist die Zuordnung zu einer Erfahrungsstufe von entscheidender Bedeutung für die Höhe des Tabellenentgelts.

Während sich die Eingruppierung nach der auszuübenden Tätigkeit richtet, erfolgt die Stufenzuordnung insbesondere unter Berücksichtigung der einschlägigen Berufserfahrung.

Bei einer Einstellung sollte darauf geachtet werden, dass neben der Entgeltgruppe auch die zugeordnete Erfahrungsstufe schriftlich dokumentiert wird. Dies gilt insbesondere dann, wenn bereits vorhandene Berufserfahrung oder förderliche Zeiten berücksichtigt werden sollen.

Stufenlaufzeiten

Bei einer Einstellung in Stufe 1 beträgt die reguläre Stufenlaufzeit bis zum Erreichen der Stufe 6 insgesamt 15 Jahre, sofern keine besonderen tariflichen Regelungen oder Veränderungen der Stufenlaufzeit greifen.

Die regulären Stufenlaufzeiten nach § 16 TVöD betragen:

Von Stufe	Nach Stufe	Dauer
1	2	1 Jahr
2	3	2 Jahre
3	4	3 Jahre
4	5	4 Jahre
5	6	5 Jahre

Bei Leistungen, die erheblich über dem Durchschnitt liegen, kann die erforderliche Zeit für das Erreichen der Stufen 4 bis 6 gemäß § 17 Abs. 2 TVöD verkürzt werden (sog. Stufenlaufzeitverkürzung). Umgekehrt kann die Stufenlaufzeit bei Leistungen, die erheblich unter dem Durchschnitt liegen, verlängert werden. Diese Möglichkeit besteht auch für die Stufen 4 bis 6.

Höhergruppierung und Stufenzuordnung

Bei einer Höhergruppierung nach dem TVöD Bund erfolgt grundsätzlich eine stufengleiche Zuordnung. Das bedeutet, dass Beschäftigte ihre bisher erreichte Erfahrungsstufe behalten. Allerdings beginnt die Stufenlaufzeit in der höheren

Entgeltgruppe mit dem Tag der Höhergruppierung erneut. Bereits zurückgelegte Zeiten innerhalb der bisherigen Stufe werden grundsätzlich nicht angerechnet.

Beispiel:

Ein Beschäftigter befindet sich in der Entgeltgruppe 5, Stufe 3. Von der dreijährigen Stufenlaufzeit bis zum Erreichen der Stufe 4 hat er bereits zwei Jahre absolviert.

Nun erfolgt eine Höhergruppierung in die Entgeltgruppe 6. Der Beschäftigte wird der Entgeltgruppe 6, Stufe 3 zugeordnet. Die Stufenlaufzeit beginnt jedoch erneut, sodass er regulär weitere drei Jahre benötigt, um die Stufe 4 zu erreichen.

Wichtig: Eine Höhergruppierung kann sich somit auf den Zeitpunkt des nächsten Stufenaufstiegs auswirken. Gerade bei einer bevorstehenden Höhergrup-

pieung sollte deshalb geprüft werden, welche Auswirkungen sich auf die weitere Entgeltentwicklung über die Stufen ergeben.

Seit 2014 gilt die stufengleiche Höhergruppierung beim Bund

Die stufengleiche Höhergruppierung wurde für die Tarifbeschäftigten des Bundes zum 1. März 2014 eingeführt.

Zuvor erfolgte die Stufenzuordnung bei Höhergruppierungen grundsätzlich betragsbezogen. Dies konnte dazu führen, dass Beschäftigte trotz einer höheren Entgeltgruppe einer niedrigeren Erfahrungsstufe zugeordnet wurden.

Mit der Einführung der stufengleichen Höhergruppierung wurde diese Regelung für die Tarifbeschäftigten des Bundes wesentlich verbessert.



DELEGIERTENTAG DES DPOLG-BEZIRKS- VERBANDES BPOLP IN POTSDAM

Rückblick, aktuelle Herausforderungen und Neuwahl des Bezirksvorstandes

Am 7. und 8. Oktober 2026 kamen die Delegierten des Bezirksverbandes Bundespolizeipräsidium (BV BPOLP) der DPoIG Bundespolizei in Potsdam zu ihrem Delegiertentag zusammen. Die Teilnehmenden reisten aus dem gesamten Bundesgebiet an – von Lübeck bis Rosenheim, von Sankt Augustin bis Potsdam. Zwei Tage standen ganz im Zeichen gewerkschaftlicher Arbeit, aktueller Herausforderungen und der personellen Weichenstellung für die kommenden Jahre.

Positive Mitgliederentwicklung und wichtige gewerkschaftliche Themen

Zu Beginn blickten die Delegierten auf die Arbeit des Bezirksverbandes in den vergangenen Jahren zurück. Besonders erfreulich: Die Mitgliederentwicklung ist weiterhin positiv. Ein deutliches Zeichen für das Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen in die Arbeit der DPoIG Bundespolizei.

Ein weiterer Schwerpunkt war der Bericht aus dem Bundesvorstand. Dabei wurden zahlreiche aktuelle gewerkschaftspolitische Themen angesprochen. Im Mittelpunkt standen unter anderem die Novellierung des Bundespolizeigesetzes, die amtsangemessene Alimentation sowie die haushaltspolitischen Herausforderungen und deren Auswirkungen auf die Bundespolizei.

Auch der Tarifbereich nahm breiten Raum ein. Neben einem Rückblick auf die jüngsten Änderungen im Tarifrecht richtete sich der Blick bereits auf die anstehenden

Tarifverhandlungen im Jahr 2027. Dabei wurde deutlich, wie wichtig eine frühzeitige Vorbereitung und die klare Formulierung gewerkschaftlicher Forderungen sind.

Die Delegierten nutzten die Gelegenheit außerdem, zahlreiche Anregungen und Vorschläge aus ihren Ortsverbänden einzubringen. Diese sollen sowohl in die künftige Arbeit des Bezirksvorstandes als auch in die Beratungen des Bundesvorstandes einfließen.

Neuwahl des Bezirksvorstandes

Der wichtigste Tagesordnungspunkt war die turnusmäßige Neuwahl des Vorstandes des Bezirksverbandes BPOLP.

Der neu gewählte Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

- Vorsitzender: Nils Lindenberg
- 1. stellvertretender Vorsitzender: Matthias Richter
- Stellvertretende Vorsitzende: Dirk Ulrich Lauer, Sebastian Tennstädt und Christian Passow
- Schatzmeisterin: Anne Reppin
- Geschäftsführer: Ingomar Schuster
- Tarifbeauftragter: Andreas Will
- Beauftragter Junge Polizei: Sascha Haupt
- Beauftragte für Inklusion und Teilhabe: Daniela Lauer

Ergänzt wird die Vorstandsarbeit durch drei gewählte Kassenprüfer.

Mit dieser personellen Aufstellung geht der Bezirksverband gut gerüstet in die kommenden Jahre. Ziel bleibt es, die Interessen

der Mitglieder engagiert zu vertreten, die gewerkschaftliche Arbeit in den Ortsverbänden zu stärken und wichtige Impulse auf Bundesebene zu setzen.

Austausch mit dem Bundesvorsitzenden Heiko Teggatz

Ein besonderer Gast bereicherte den Delegiertentag am Abend: Heiko Teggatz, Bundesvorsitzender der DPoIG, stieß zum gemeinsamen Abendessen hinzu.

In angenehmer Atmosphäre nutzten die Delegierten die Gelegenheit zum persönlichen Austausch mit dem Bundesvorsitzenden. Dabei ging es nicht nur um aktuelle gewerkschaftspolitische Entwicklungen, sondern auch um die Anliegen und Erfahrungen aus den verschiedenen Ortsverbänden.

Gemeinsam die Zukunft gestalten

Der Delegiertentag in Potsdam hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig der direkte Austausch zwischen den Ortsverbänden, dem Bezirksvorstand und dem Bundesvorstand ist. Unterschiedliche Standorte, vielfältige Aufgaben und gemeinsame Interessen – genau das zeichnet den Bezirksverband BPOLP aus.

Die DPoIG Bundespolizei gratuliert allen gewählten Vorstandsmitgliedern herzlich und wünscht ihnen für die kommenden Aufgaben viel Erfolg, eine glückliche Hand und weiterhin eine starke Gemeinschaft.



Für euch im Einsatz

AUCH AUF DER WIESN!

Am 29. September 2026 war unser Ortsverband München mit tatkräftiger Unterstützung von Herbert Kellner (stellv. Vorsitzender BV Bayern) zur Einsatzbetreuung

anlässlich des Oktoberfestes unterwegs. Mit Getränken und einer Portion „Nervennahrung“ konnten wir den Kolleginnen und Kollegen eine Freude machen.

Danke an den OV München und Herbert Kellner für ihr Engagement – und an alle Einsatzkräfte für euren Dienst! Passt auf euch auf.



Bild/Grafik: magnific.com



DEINWEG
ZUUNS



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEI GEWERKSCHAFT
im DBB
BUNDESPOLIZEI

SICHER.DABEI!

KLICK MICH!

**NUR
1,- €
IN DEN ERSTEN
6 MONATEN**



MITGLIED WERDEN!

**WIR AN DEINER
#SEITE**



FRAUEN IM MITTELPUNKT: ERSTE FRAUENVERSAMMLUNG IN DER DIREKTION STUTTGART

Am 7. Oktober 2026 fand in der Bundespolizeidirektion Stuttgart die erste Frauenversammlung statt. Eingeladen waren alle Frauen des Direktionsbereichs Stuttgart.

Auch die Gewerkschaften waren vor Ort vertreten. Für die DPoIG Bundespolizei nahm die erste stellvertretende Bundesvorsitzende Bianca Oehlmann den weiten Weg nach Stuttgart auf sich, um die Veranstaltung persönlich zu begleiten. Als Angehörige der Bundespolizeidirektion Stuttgart war unsere Bundesbeauftragte für Gleichstellung, Gabriele Gärthöfner, als Teilnehmerin auch dabei.

Im Mittelpunkt standen der Austausch und die Gespräche mit den Kolleginnen. Bianca Oehlmann nutzte die Gelegenheit, mit den Teilnehmerinnen ins Gespräch zu kommen, Erfahrungen aufzunehmen und über die Themen zu sprechen, die die Kolleginnen im dienstlichen Alltag

bewegen. Gerade dieser unmittelbare Austausch zeigt, wie wichtig es ist, den Kolleginnen eine Plattform zu geben und ihre Anliegen sichtbar zu machen. Für die passende Stärkung zwischen durch sorgte der OV Stuttgart mit einer Candy Bar. Diese kam bei den Teilnehmerinnen sehr gut an und es wurden fleißig "bunte Tüten" gepackt. Bei süßen Leckereien, die viele der Teilnehmerinnen zurück in ihre Kindheit oder Jugend versetzt haben, blieb neben den Workshops und fachlichen Impulsen auch Zeit für persönliche Gespräche.

Die zahlreichen Gespräche machten deutlich: Der Bedarf an Austausch, Vernetzung und einer starken Interessenvertretung von Frauen ist da. Gerade als Gewerkschaft ist es wichtig, den Kolleginnen eine Stimme zu geben, ihre Anliegen aufzunehmen und gemeinsam für gute Rahmenbedingungen einzustehen.

Jetzt gilt es, diesen Impuls mitzunehmen, den Dialog weiterzuführen und die Interessen der Frauen auch künftig gewerkschaftlich sichtbar und hörbar zu machen.



MKÜ-Tag in Hamburg

DPoLG BUNDESPOLIZEI SORGT MIT GRILLWAGEN FÜR BEGEISTERUNG



Der diesjährige MKÜ-Tag fand im Standort Hamburg-Jenfeld statt und stand ganz im Zeichen von Gemeinschaft und Zusammenhalt. Organisiert vom 3. Zug aus Hamburg, stellte die Veranstaltung das Direktionsmotto „Gemeinsam, erfolgreich, zufrieden“ sowie den zentralen Teamgedanken konsequent in den Mittelpunkt.

Für eine besondere Überraschung und beste Verpflegung sorgte die DPoLG. Der Bezirksverband Niedersachsen/Hamburg/Bremen stellte seinen Grillwagen, inklusive reichhaltigem Grillgut, zur Verfügung. Die Ankunft des Grillwagens rief bei den Anwesenden viele erstaunte und erfreute Gesichter hervor und bot allen Beteiligten die ideale Gelegenheit, sich

vor den anspruchsvollen Aufgaben des Tages gebührend zu stärken. Da die MKÜ mit sechs Zügen gleichzeitig auftauchte, wurden zudem noch zwei mobile Grills neben dem Grillwagen aufgebaut, um alle Kolleginnen und Kollegen nahezu zeitgleich versorgen zu können.

Neben der kulinarischen Versorgung entwickelte sich der Grillwagen schnell zu einem beliebten Treffpunkt, an dem viele tolle und bereichernde Gespräche zustande kamen. Die gelungene Betreuung trug maßgeblich zur positiven Stimmung der gesamten Veranstaltung bei, wofür die MKÜ-Leitung herzlichen ihren Dank aussprach.

50 JAHRE GEWERKSCHAFTSTREUE –

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH, UWE KROHN!

Ein halbes Jahrhundert Mitgliedschaft in unserer Gewerkschaft – das ist etwas ganz Besonderes!

Seit dem 1. Oktober 1976 hält Uwe Krohn unserer Gewerkschaft die Treue. Zu diesem besonderen Jubiläum überreichte ihm Georg Türk, Seniorenbeauftragter der DPoLG Bundespolizei im Bezirksverband Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern, persönlich die Ehrenurkunde.

In gemütlicher Runde blickte Uwe auf seine 42-jährige Dienstzeit beim Bundesgrenzschutz und der Bundespolizei zurück.

Seine Laufbahn begann am 1. Oktober 1976 bei der GSA A Küste 1. Noch am selben Tag trat er dem damaligen Bundesgrenzschutzverband bei.

Es folgten zahlreiche Stationen: vom Objektschutz am damaligen Bundeskanzleramt in Bonn über Bredstedt und Ratzeburg bis nach Bad Bramstedt. Dort war Uwe unter anderem in der Aus- und Fortbildung, im Personalwesen und später im Bereich der Bahnpolizei tätig. 2006 absolvierte er erfolgreich den Aufstieg in den gehobenen Dienst, bevor er am 30. August 2018 in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet wurde.



Heute genießt Uwe seinen Ruhestand unter anderem beim Wandern und mit Musik.

50 Jahre Mitgliedschaft bedeuten 50 Jahre Vertrauen, Verbundenheit und Solidarität. Dafür sagen wir von Herzen Danke!

Lieber Uwe, die gesamte DPoLG Bundespolizei gratuliert Dir herzlich zu Deinem besonderen Jubiläum. Wir wünschen Dir weiterhin alles Gute, viel Freude und vor allem Gesundheit!

Einmal DPoLG – immer DPoLG!

FOTO(S) DER WOCHE

Wo wir sind, sind gute Laune und Sonnenschein vorprogrammiert!

Werde doch ein Teil davon!
#MITMACHGEWERKSCHAFT

Die Fotos entstanden beim Tag der offenen Tür der Reiterstaffel in Stahnsdorf.



SCHICKT UNS EUER FOTO DER WOCHE

Habt Ihr diese Woche einen besonderen DPoIG-Moment festgehalten?

Egal ob ein lustiger Schnappschuss, ein besonderer Augenblick oder eine spontane Idee! Wir wollen es sehen und mit der DPoIG-Familie teilen.

An die Kamera, fertig, los ...

So macht Ihr mit: Schickt Euer Foto per E-Mail an **newsletter@dpolg-bpolg.de**

Details: Bitte fügt eine kurze Beschreibung (Ort, Motiv) und gerne Euren vollständigen Namen dazu (anonyme Veröffentlichung auf Wunsch möglich).

Wichtig: Mit der Einsendung bestätigt Ihr, dass Ihr die Urheberrechte am Foto besitzt und mit der Veröffentlichung im Newsletter einverstanden seid.



TERMINE

19. bis 21. Oktober 2026

Tagung der Bundestarifkommission in Leipzig

27. bis 29. Oktober 2026

Tagung der Bundesseniorenvertretung in Bebra

3. bis 4. November 2026

Tagung der Fachkommission Aus- und Fortbildung in Bebra

Impressum

DPoIG Bundespolizei
Seelower Straße 7
10439 Berlin

Tel.: 030 - 44678721
E-Mail: post.berlin@dpolg-bpolg.de
www.dpolg-bundespolizei.de



Vereinsregister

Amtsgericht Charlottenburg VR 31076B

Redaktionsverantwortliche: Lisa-Marie Opitz

Vertretungsberechtigter Vorstand:

Manuel Ostermann (Bundesvorsitzender)
Bianca Oehlmann (1. stellv. Bundesvorsitzende)
Volker Hesse (stellv. Bundesvorsitzender)
Dirk-Ulrich Lauer (stellv. Bundesvorsitzender)
Oliver Ehmsen (stellv. Bundesvorsitzender)